

D1 DRINGLICHKEITSANTRAG: Frauen – Leben – Freiheit: Solidarität mit dem Iranischen Volk und der Revolution im Iran

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 19.11.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Inhaltliche Anträge I

Antragstext

1 Antragsteller* innen:

2 Julia Günther, Dietrich Herrmann, Andrea Mühle, Kassem Taher Saleh, Elke
3 Zimmermann

4 Nicht erst seit dem Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini im September diesen
5 Jahres gehen im Iran Menschen auf die Straßen, um gegen die systematischen
6 Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten, die Diskriminierung und
7 Unterdrückung von Frauen, religiösen und ethnischen Minderheiten und der LGBTQI+
8 -Community durch das autoritäre System der Islamischen Republik zu
9 demonstrieren. Seit über 40 Jahren gibt es diese Proteste, Demonstrationen,
10 Widerstand. Das Mullah-Regime begegnet seit all den Jahren dem Wunsch nach
11 Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie mit Repression und brutaler Gewalt.
12 Die Regierung der islamischen Republik inhaftiert, foltert und tötet. Aber der
13 Tod von Jina Mahsa Amini, erst 22 Jahre jung, entfachte eine Protestwelle, die
14 sich von allen bisherigen Bewegungen unterscheidet. Es ist eine Revolution -
15 angeführt von Frauen, Mädchen, Jugendlichen, ist sie inzwischen religions-,
16 generations- und Ethnien übergreifend. Es ist ein Schrei der Vielen, der alle
17 sozialen Schichten erfasst. In bisher nie dagewesener Breite begehrt die
18 iranische Gesellschaft gegen das System der Islamischen Republik auf, zeigt sich
19 eine überwältigende landesweite Solidarität. Die jahrzehntelange vielfache
20 Diskriminierung und Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten wie der
21 Kurd*innen, Belutsch*innen, Azeri, Bahai, Sunnit*innen oder Sufi vereint sie nun
22 in ihrem Kampf gegen das autoritäre System.

23 Die Regierung spürt den Verlust an Macht und Kontrolle und reagiert noch
24 brutaler und menschenverachtender. Über 300 Tote, vor allem junge Menschen,
25 sogar auch Kinder, hat die brutale Gewalt der Mullah-Regierung mit ihren
26 Handlangern schon gefordert. Seit einem Parlamentsbeschluss im Oktober droht
27 15.000 inhaftierten Iraner*innen die Todesstrafe. Allein im Jahr 2021 wurden
28 mindestens 275 Menschen im Iran hingerichtet. Darunter 50 Kurd*innen und 40
29 Belutsch*innen.

30 Menschen, die im Iran gegen das autoritäre System protestieren, riskieren ihr
31 Leben. Auch Menschen die hier oder anderswo im Exil den Protest unterstützen,
32 sind samt ihrer Familien in der Heimat vor staatlicher Verfolgung nicht sicher.

33 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden, erklären unsere Solidarität mit den
34 Iraner*innen, die gegen das menschenverachtende iranische Regime, für Freiheit,
35 Menschenrechte und Demokratie kämpfen. Wir schauen hin, wir bleiben laut. Wir
36 schweigen nicht zu Gewalt.

37 Wir unterstützen die iranische Revolution,

- 38 • indem wir berichten,
- 39 • indem wir denen Reichweite geben, die das Regime verstummen lassen will,
- 40 • indem wir den hier lebenden Iraner*innen Sicherheit und Perspektiven
41 geben, asylrechtliche Sorgen ernst nehmen und ihnen bei ihren Aktionen zur
42 Unterstützung der Revolution helfen, durch Bereitstellung von
43 Räumlichkeiten, Infrastruktur, Förderungen etc.,
- 44 • indem wir BÜNDNISGRÜNE Entscheidungsträger*innen auf Europa-, Bundes- und
45 Landesebene unaufhörlich an ihre Verantwortung erinnern und solidarisches
46 Handeln einfordern,
- 47 • indem wir uns für eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung auf
48 kommunaler Ebene für Sozialarbeit, Migrant*innen-Organisationen sowie
49 Geflüchteten-Initiativen einsetzen,
- 50 • indem wir psycho-soziale Betreuungsangebote für Geflüchtete ausbauen und
51 niedrigschwellig zur Verfügung stellen.

52 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden, erkennen die Initiativen der letzten Tage
53 von Annalena Baerbock, der EU-Außenministerkonferenz, der Bundestagsfraktion an.
54 Die Sanktionen und die Befassung des UN-Menschenrechtsrats mit der Lage im Iran
55 sind wichtige Schritte.

56 Wir Dresdner GRÜNEN fordern die BÜNDNISGRÜNEN Europaparlaments- und
57 Bundestagsabgeordneten auf,

- 58 • sich klar und deutlich gegen die Gewaltherrschaft des Mullah-Regimes zu
59 positionieren und darin nicht nachzulassen,
- 60 • sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für wirkungsvolle

61 Sanktionen gegen alle einzusetzen, die für die Unterdrückung von und die
62 Gewalt gegen die für Freiheit und Menschenrechte demonstrierenden Menschen
63 im Iran verantwortlich sind und auch Sanktionen gegen deren Angehörige
64 ernsthaft zu prüfen,

65 • sich für das Einfrieren von auf Banken in der EU und speziell in
66 Deutschland befindlichen Vermögenswerten der Angehörigen und Unterstützer
67 des Mullah-Regimes einzusetzen,

68 • alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die von Folter, Gewalt und
69 Todesstrafe bedrohten inhaftierten Iraner*innen zu retten. EU und
70 Bundesregierung müssen auf eine umgehende und bedingungslose Freilassung
71 aller politischen Gefangenen und die Aufhebung der Gerichtsurteile
72 drängen. Als längerfristiges Ziel muss die weltweite Abschaffung der
73 Todesstrafe unablässig verfolgt werden,

74 • dafür Sorge zu tragen, dass sich alle an den Verbrechen beteiligten
75 Regierungsangehörigen und -mitläufer*innen so bald als möglich vor
76 Gerichten verantworten müssen. Hierfür sind u.a. NGOs, die Beweismaterial
77 über staatliche Gewalt und Willkür dokumentieren, finanziell zu
78 unterstützen

79 • die Angriffe Irans auf die Region Kurdistan - Irak klar zu verurteilen.

80 Wir fordern von BÜNDNISGRÜNEN Europaparlaments- und Bundestagsabgeordneten eine
81 deutliche, aktive Unterstützung der Revolution im Iran.

82 Wir fordern, dass

83 • schutzbedürftige Iraner*innen Schutz in der EU/in Deutschland erhalten

84 • bei Asylverfahren für Iraner*innen insbesondere die politische Verfolgung
85 aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und Identität sowie
86 der Konvertierung zu einer anderen Religion als Asylgründe anerkannt
87 werden.

88 • ein Abschiebestopp für Iranische Migrant*innen als bundesweite Regelung
89 ohne Befristung auf den 31.12.2022 verabschiedet wird.

90 Wir erwarten

91 • die Unterstützung bei der Etablierung sicherer und vertrauenswürdiger
92 Virtueller Privater Netzwerke (VPN).

- 93 • die Errichtung finanzieller Hilfsprogramme für alternative regimekritische
94 Medien und freie Journalisten*innen und Reporter*innen.

95 Wir fordern die finanzielle, infrastrukturelle und rechtliche Unterstützung, der
96 demokratischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Iran.

97 Die sächsischen Landtagsabgeordneten sowie die sächsische Landesregierung
98 fordern wir auf,

- 99 • sich in der Innenministerkonferenz für o.g. Punkte (Schutzstatus,
100 Schutzquote, Abschiebestopp) einzusetzen,

- 101 • zu prüfen, inwieweit es noch aktive Geschäftsbeziehungen zwischen
102 sächsischen Unternehmen und dem Mullah-Regime gibt und auf deren
103 Einstellung aktiv hinzuwirken,

- 104 • die Arbeit der Flüchtlingssozialarbeit, Integrationsarbeit nachhaltig
105 angemessen finanziell abzusichern.

106 Die Stadtratsfraktion fordern wir auf, sich für

- 107 • eine nachhaltige, angemessene finanzielle Ausstattung der
108 Flüchtlingssozial- und Integrationsarbeit bei den aktuellen
109 Haushaltsverhandlungen

- 110 • die verstärkte Weiterarbeit an den Zielstellungen aus dem Beschluss
111 „Demokratisch Haltung zeigen, Integration gestalten, Zivilgesellschaft
112 stärken.“

- 113 • die Fortsetzung, Weiterentwicklung und Verstetigung des Modellvorhabens
114 „Engagement Stützpunkte für Migrantenvereine“

- 115 • die weitere interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde und der gesamten
116 städtischen Verwaltung

- 117 • eine Prüfung, ob Dresden perspektivisch Beziehungen zu einer Kommune (z.B.
118 eine Universitätsstadt) im Iran aufbauen kann

119 einzusetzen.

120 Jin – Jiyan - Azadî!

121 Zan – Zendegi – Azadi!

122 Woman – Life – Freedom!

123 Frauen – Leben – Freiheit!